

Drucksache Nr.:
11582-08-E2

An den
Vorsitzenden des Rates der Stadt Dortmund

22.04.2008

Gemeins. Zusatz- /Ergänzungsantrag zum Tagesordnungspunkt

Sitzungsart:	Stellungnahme	TOP-Nr.:
öffentlich		11.3
Gremium:		Beratungstermin:
Rat der Stadt Dortmund		24.04.2008

Tagesordnungspunkt

Prüfung der Abwicklung von Bargeschäften im Stadtamt 01

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN bitten unter o.g. Tagesordnungs-
punkt um Beratung und Abstimmung des folgenden Antrags:

1. Der Rat begrüßt den vorliegenden Bericht des Rechnungsprüfungsamtes, der nicht nur auf die strafrechtlichen Handlungen einer Person eingeht, sondern rückhaltlos alle Mängel aufdeckt, die diese Handlungen begünstigt haben könnten und deutlich macht, dass zahlreiche Regeln des Verwaltungshandelns von MitarbeiterInnen missachtet wurden.
2. Der Rat hält die angekündigten und teilweise durchgeführten organisatorischen Änderungen von Abläufen sowie die strukturellen Maßnahmen zur Fortführung der Verwaltungsreform für dringend geboten.
3. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Staatsanwaltschaft in ihren bisherigen Ermittlungen von einer Einzeltäterschaft ausgeht. Nichts desto trotz stellt der Rat fest, dass Umfang und Zeitdauer der kriminellen Handlungen durch zahlreiches Missachten interner Verwaltungsregelungen durch andere MitarbeiterInnen begünstigt sein könnten. Dies muss konsequent disziplinarrechtlich verfolgt werden.

4. Die eingeleiteten disziplinarischen Verfahren sind zeitnah durchzuführen. Vor der Sommerpause ist über den Stand zu berichten. Über die abschließenden Ergebnisse wird der Haupt- und Finanzausschuss unter Berücksichtigung des Datenschutzes informiert. Der Rat geht davon aus, dass bis zum Abschluss der disziplinarischen Verfahren keine Beförderungen sowie Einweisungen der betroffenen MitarbeiterInnen in neue Aufgaben vorgenommen werden, insbesondere nicht in solche, die perspektivisch mit Beförderungen verbunden sein könnten.
5. Der Rat erwartet, dass mit Abschluss der Verfahren gegebenenfalls notwendige personelle Konsequenzen umgesetzt werden. Es ist sicher zu stellen, dass die Kontrollsysteme und Regeln zukünftig beachtet werden und die Einhaltung ausreichenden Kontrollen unterliegt.
6. Der Rat erwartet, dass noch in diesem Jahr über die Ergebnisse der Einführung von Kernelementen der Verwaltungsreform, insbesondere des digitalisierten Rechnungswesens und der zentralen Belegverwaltung sowie der Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit im Rechnungswesen berichtet wird.
7. Der Rat beschließt die kontinuierliche Einbeziehung des Rechnungsprüfungsamtes in diesen Prozess und eine abschließende Stellungnahme, inwieweit die strukturellen Maßnahmen als ausreichend angesehen werden, um die Sicherheit im Rechnungswesen zu erhöhen.
8. Der Rat weist die Behauptung zurück, dass der Oberbürgermeister eine Dienstanweisung erlassen haben soll, die „alle Regeln zu Bargeldabhebungen zwischen OB-Amt und Stadtkasse außer Kraft gesetzt“ habe. Richtig ist, dass die Fraktionen von CDU und SPD am 29. März 2001 einen gemeinsamen Antrag gestellt haben, die Zusammenlegung der Stadtämter 01 und 02 zu prüfen.

Mit freundlichen Grüßen

SPD-Fraktion
gez. Ernst Prüsse

Fraktion B90/DIE GRÜNEN
gez. Mario Krüger

F.d.R. Dr. Andreas Paust

F.d.R. Petra Kesper